

Die Grünen fordern ein "Sockel-Einkommen"

TUTTLINGEN (ws) In einer Woche will Bündnis 90/ Die Grünen auf dem Parteitag Grundsätze zur Sozialpolitik entscheiden. Für Diskussionsstoff wird der Antrag des baden-württembergischen Landesverbandes garantieren. Beate Müller-Gemmeke wird ihn einbringen. Am Donnerstag hat sie in der Kreisversammlung der Grünen den Antrag erläutert.

"In der Opposition blüht die Fantasie", hatte die Schwäbische Zeitung am Dienstag ihren Bericht zu diesem Thema überschrieben. Denn die baden-württembergischen Grünen hatten sich Ñ eher überraschend Ñ auf ihrem Landesparteitag in Heilbronn für das "bedingungslose Grundeinkommen" entschieden, das ohne Auflagen oder die Androhung von Sanktionen zu erhalten sein soll. Maßgeblich beteiligt war Landesvorstandsmitglied Beate Müller-Gemmeke. Über die Kosten gehen die Meinungen noch weit auseinander und die Referentin legte sich am Donnerstag auch nicht fest. Jetzt müsse ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Über die Ausgestaltung müsse "die Partei noch diskutieren". Es wäre "nicht redlich" zu sagen, dass der Vorschlag kein Geld koste, aber auch die bisherige soziale Sicherung sei nicht zum Nulltarif zu haben. Auf jeden Fall fordert sie "endlich eine Verschiebung", nach der die Besserverdienenden auch nominal mehr Steuern bezahlten, und ein Dichtmachen von Steuerschlupflöchern.

Sicher sei jedoch, dass man sich über das Sozialsystem Gedanken machen müsse. Bei Hartz IV habe sich schnell gezeigt, dass es unrund laufe, und die Kritik daran "mittlerweile sehr extrem" sei. Der Regelsatz liege unter dem Existenzminimum und "Fördern und Fordern" befinde sich nicht im Gleichgewicht. Dazu komme der gesellschaftliche Wandel in der Erwerbsarbeit. Maximal 50 Prozent der Erwerbstätigen befänden sich noch in einem herkömmlichen, "normalen" Arbeitsleben. "Die Leute haben Existenzängste", befand das Landesvorstandsmitglied. Es sei daher notwendig, dass von den Grünen Zukunftskonzepte entwickelt würden. Dazu gehörten auch Visionen, um den Systemwechsel zu erreichen. Sie forderte ein "Sockelgrundeinkommen" von zunächst 420 Euro und zusätzlich 300 Euro für jedes Kind. Dazu die Übernahme bedarfsgeprüfter Mietkosten und zusätzliche Leistungen "für besondere Lebenslagen". Kommen müsse auch die Bürgerversicherung und parallel müsse in eine Bildungspolitik in einem veränderten Schulsystem investiert werden. Alle Kinder sollten mit den gleichen Bildungschancen aufwachsen. Letztlich sei zudem eine "echte, aktive Arbeitsmarktpolitik" erforderlich.